



© iStockphoto.com - Rido

Die Linke

Fraktion im
Sächsischen
Landtag

Pandemie
aufarbeiten -

aber sinnvoll!



Wir wollen keinen Schlussstrich: Krisenpolitik und Krisenkommunikation müssen aufgearbeitet werden. Die Pandemie hat tiefe Wunden in der Gesellschaft hinterlassen. Heute wissen wir: Manche Entscheidungen haben mehr Schaden angerichtet als dabei geholfen, das damals noch wesentlich gefährlichere Corona-Virus einzudämmen. Zu diesen Fehlern gehören mindestens die lange Schließung der Schulen und Kitas sowie die strikte Beschränkungen von Versammlungen unter freiem Himmel.

Auch nächtliche Ausgangssperren, Kilometer-Radien um den Wohnort und Kontrollen von Menschen, die allein auf einer Parkbank saßen, müssen diskutiert werden. Das ändert nichts daran, dass die Pandemie bekämpft werden musste. Unter den damaligen Umständen, in denen die Folgen bei weitem nicht absehbar waren, ging es um den Schutz von Menschenleben. Das war die richtige Priorität. Auch in Sachsen sind tausende Menschen, die sie sich mit dem Corona-Virus infiziert hatten, gestorben. Die Schutzimpfung hat weltweit Millionen Leben gerettet. Es war und ist unlauter, die Gefahren zu leugnen.

Wir bevorzugen zur Aufarbeitung ein ergebnisoffenes Format, das die Bevölkerung einbezieht, sachliche Gespräche ermöglicht und in die Zukunft weist – die eingerichtete Enquete-Kommission. **Eine Lehre ist gezogen:** Wir haben ein Landesgesundheitsamt durchgesetzt, das etwa medizinisches Schutzmaterial bevorratet. Die AfD hat allerdings unter dem Beifall des BSW einen Untersuchungsausschuss durchgesetzt und will ein Tribunal veranstalten.

Wie das wohl auf Menschen wirkt, die an Long Covid erkrankt sind oder Angehörige verloren haben? Medizinische Fachfragen sind nicht politisch zu beantworten. Was rechtswidrig ist, entscheiden Gerichte, vor denen die AfD oft gescheitert ist. Ein Untersuchungsausschuss trägt kaum dazu bei, unser Land auf künftige Pandemien vorzubereiten und es krisenfester zu machen. Das Schlimmste ist: Die Bürgerinnen und Bürger bleiben draußen.

Dabei hat die AfD viel Grund zur Selbstkritik: Urbans autoritärer Truppe konnten die Maßnahmen zu Beginn der Pandemie nicht schnell genug kommen und nicht hart genug ausfallen. Die AfD-Fraktion wollte den Notstand verhängen und das Notparlament zusammenrufen. Als diese Leute später merkten, dass sie eine neue Klientel für Wahlen erschließen können, begannen sie, Alu-Hüte zu falten. Trotzdem dienen sich die BSW-Abgeordneten der AfD an, die das Corona-Virus verharmlost hat, alle Corona-Schutzmaßnahmen heute pauschal als „Diktatur“ abtut und damit zeigt, dass ihr Urteil auch ohne Untersuchungsausschuss längst feststeht. So kann die Aufarbeitung nicht gelingen: Das Thema ist zu ernst, um es für parteipolitische Kampagnen zu missbrauchen.

Viele Menschen haben in der Pandemie vernünftig gehandelt, indem sie sich nicht egoistisch, sondern solidarisch verhielten. Sie taten das aus begründeter Sorge um sich, um ihre Angehörigen, um Freundinnen und Freunde, auch um Fremde. Viele taten das, indem sie in Beruf und Ehrenamt an ihr Limit gingen. Indem sie selbst Verzicht übten, um zu helfen. Auch ihre Stimmen müssen gehört werden!